

Schlüsselbund



DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt
Stadtverband Velbert

Ausgabe 09/2017

INTERVIEW

Ihr Direktkandidat - Rainer Köster

Schlüsselbund (SB): Hallo Rainer, ich freue mich, dass Du uns Deine wichtigsten Wahlkampfthemen näher erklären willst. Vielleicht möchtest Du Dich zuerst selbst vorstellen?

Rainer Köster (RK): Ich bin (noch) 68 Jahre alt, Lehrer im Ruhestand und zur

drei Bücher über die Nazizeit verfasst und an der Verlegung etlicher Stolpersteine mitgewirkt.

SB: Du warst früher Lehrer und bist gewerkschaftlich organisiert. Warum ist die Gewerkschaft für Dich wichtig?

RK: Ich bin vor 51 Jahren als Werkstudent in die IG-Metall in Velbert eingetreten und war einige Jahre hier Mitglied der Vertreterversammlung. Die kämpferische Solidarität der Metaller hat mich geprägt, auch nachher in der Lehrergewerkschaft GEW. Dort bin ich heute noch im Kreisvorstand aktiv, ebenso wie im DGB. Ohne eine starke Gewerkschaft im Rücken gibt es keine Lohnerhöhungen, keine besseren Arbeitsbedingungen und keine politischen Verbesserungen. Auch hier gilt: Nur gemeinsam sind wir stark!

RK: Die Verschlechterungen der Schröder-Agenda 2010 müssen zurückgenommen werden, Leiharbeit und



sachgrundlose Befristungen müssen fallen, Mitbestimmung und Streikrecht ausgeweitet werden. Minijobs mit Minilöhnen gehören aufgestockt – aber nicht von den Jobcentern, sondern von den Unternehmern! Und vor allem muss mit einer Ausbildungsabgabe wieder deutlich mehr ausgebildet werden, damit unsere Jugend ihre Zukunft wieder sicher planen kann. Das gilt auch für sogenannte „4.0-Berufe“ wie z. B. Sicherheitsmechatiker*innen oder Produktionstechnolog*innen. Ca. tausend Schulabgänger*innen ohne Lehrstellen im Kreis Mettmann sind ein Skandal!



Rainer Köster, Direktkandidat für den Bundestag

Zeit Kreistagsabgeordneter. Neben sozialen Fragen engagiere ich mich besonders in der Aufarbeitung der Naziverbrechen im Kreis Mettmann und im Kampf gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Zudem habe ich

SB: Damit sind wir schon beim nächsten Thema: Unsichere Arbeit und Niedriglöhne. Welche Lösungen hast Du als LINKER für eine Zukunft mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen?

Am 24. September wählen gehen!!!

SB: Kinderarmut nimmt in Deutschland weiter zu, auch im Kreis Mettmann und in Velbert. Was wollen DIE LINKE und Du dagegen tun?

RK: Den etwa 12.500 wirklich armen Kindern im Kreis Mettmann muss echt geholfen werden, nicht mit Almosen oder flotten Wahlversprechen, die danach im Papierkorb landen. Der DPWV-



NRW fordert z. B. vom Bund 10 Mrd. € zur Bekämpfung der Kinderarmut – das kann ich nur unterstützen. DIE LINKE

fordert bundesweit 328,00 € Kindergeld, danach 573,00 € Kindergrundsicherung. Aber die Kommunen müssen auch finanziell besser gestellt werden – z. B. mit der von uns LINKEN geforderten 5 %-Millionärsteuer. Von dem Geld könnten auch die ca. 2.400 armen Velberter Kinder viele Verbesserungen im Alltag erfahren – z. B. kostenlose Teilnahme am Ferienprogramm und freien Eintritt in die städtischen Bäder mit einem Sozialpass!

SB: Wobei wir zum letzten Thema kommen: Wohnungsnotstand und überhöhte Mieten. Was will DIE LINKE tun, damit guter Wohnraum wieder für alle bezahlbar wird? Wie könnte bei uns der soziale Wohnungsbau Deiner Meinung nach wieder ausgebaut werden?

RK: In Velbert suchen ca. 500 Menschen eine echt bezahlbare Wohnung. Dabei fallen hier seit 2,5 Jahren 234 Wohnungen aus der Mietpreisbindung, bis 2025 gar 365 Wohnungen! Das Pestel-Institut ermittelt einen Bedarf von 1.650 Sozialwohnungen in Velbert bis 2025 (also in acht Jahren). Gebaut wird hier zwar schon – aber fast nur private Reiheneigenheime – auch von der städ-

tischen Wobau! DIE LINKE fordert jährlich 250.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen, für Velbert sind das ca.



250. In Essen müssen bei jeder neuen Wohnbebauung mindestens 30 % öffentlich gefördert sein, in Düsseldorf sogar 40 %. Ich denke, in Velbert sollten 50 % vorgegeben werden. Denn: Wohnen ist ein Menschenrecht und muss für ALLE bezahlbar sein!

SB: Vielen Dank für das Gespräch, Rainer
Das Interview führte Sylvia Schochow

Keine Kürzungsmaßnahmen in unseren Schwimmbädern!

Im Panoramabad Neviges, sind die Öffnungszeiten geändert worden. Das frühmorgendliche Schwimmen ab 6:30 Uhr ist daher nicht mehr möglich. Frühschwimmer mögen zukünftig auf das Nizza- und Parkbad ausweichen.

DIE LINKE begrüßt ausdrücklich die ausgeweiteten Schwimm-Lehrstunden für Kleinkinder, die es ab dem 5. September geben soll. Jedoch kommt starke Kritik von Bürgerinnen und Bürgern, die nun nicht mehr am Frühschwimmen im Panoramabad teilnehmen können. Besonders betroffen sind dabei Berufstätige, wenn nun das Schwimmbad erst ab 8:00 Uhr öffnet.

Bürger verweisen darauf, dass sich die Stadtwerke über Personalstrukturen Gedanken machen sollen, um das Frühschwimmen zu ermöglichen. Die

Stadtwerke Velbert jedoch bitten um Verständnis und eben dieses Verständnis müssen die Frühschwimmer nicht aufbringen, die im Anschluss an das morgendliche Schwimmen zur Arbeit gehen.

Zu bedenken ist auch, dass die Eltern der zukünftigen „Seepferdchen“ über die Schule das Schwimmen gelernt haben. Deren Eltern brauchten damals nicht tief in die Tasche zu greifen, um ihre Zöglinge das Schwimmen lernen zu lassen.

Recht einfach wollen sich die Stadtwerke die Lösung mit den Arbeitskräften am Panoramabad machen, denn die jetzige Mannschaft soll nun die Misere ausgleichen: Alle dortigen Mitarbeiter der Badeaufsicht, die fachliche und pädagogische Fähigkeiten haben, um die

Schwimmkurse durchführen zu können, müssen nun diese Kurse absichern.

Da dieses Personal jedoch nur eine 40 Stunden Woche hat, streichen die Stadtwerke die Aufsichtszeiten der Mitarbeiter in den Frühstunden.

DIE LINKE meint, man darf nicht ein Angebot mit einem anderen Angebot ersetzen.

Unserer Meinung nach kann es nicht sein, dass die Stadt ein Angebot erweitert, und dann an anderer Stelle Kürzungen im Öffnungs- und Personalbereich vornimmt – und somit einen Abbau in der Daseinsversorgung, der dabei durch die Hintertür beschlossen wird. DIE LINKE fordert daher mehr Arbeitsplätze im Bereich der Daseinsvorsorge, hier im Speziellen im Panoramabad Neviges.

Ratsfraktion DIE LINKE lehnt Beschlussfassung des Bebauungsplanes „Zur Sonnenblume“ ab

Laut Bebauungsplan „Zur Sonnenblume“, der jetzt zur Bürgerbeteiligung ausliegt, sollen auf dem ehemaligen Festplatz „Hardenberger Straße“ Wohnbebauung, in Form von 24 Eigenheimen für junge Familien mit Kindern, entstehen.

Das Plangebiet liegt über einem erloschenen Bergwerksfeld, in dem Bleierz oberflächennah sowie im Tiefbau betrieben wurde. Giftige Altlasten sind bis heute in unterschiedlichem Ausmaß

vorhanden. Der kontaminierte Boden soll zwar ausgekoffert und neu angeschüttet werden, Bepflanzungen auf den Grundstücken und auf dem geplanten Spielplatz sind jedoch nur bis zu einer Tiefe von 60 Zentimetern erlaubt.

Da die Risiken für die Gesundheit aus unserer Sicht nicht absehbar sind, hat sich die Ratsfraktion DIE LINKE gegen dieses Bauvorhaben ausgesprochen und dagegen gestimmt. *Text: Sonja Spiekermann*



Velbert braucht einen Schuldenschnitt

Der kommunale Finanzreport 2017 der Bertelsmann-Stiftung weist auf dramatische Überschuldungen vieler Städte hin.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen beläuft sich derzeit auf 142 Milliarden Euro. Darin enthalten sind allein 50 Milliarden Euro für kurzfristige Kassenkredite. Insbesondere die Kassenkredite sind das Ergebnis der mangelhaften Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land. Der Anstieg der kommunalen Verschuldung ist fast ausschließlich auf den Zuwachs dieser Kredite zurückzuführen.

Auch in Velbert treten die Finanznöte immer mehr zutage. Immer deutlicher wird, dass das viel gepriesene Stärkungspaktpaket, das Velbert einen ausgeglichenen Haushalt bescheren soll, die Finanznöte der Stadt nicht lösen kann. Es dient im Wesentlichen dazu, ein striktes Spardiktat umzusetzen, Sozialleistungen abzubauen oder zu privatisieren und Kürzungen wie z. B. im Bildungsbereich vorzunehmen. Gleichzeitig wird gefordert, überall dort wo möglich, an der Gebührenschaube zu drehen – deutlich sichtbar an der erheblichen Steigerung der Grundsteuer B.

Die Politik des Kaputtsparens zu Lasten der Bürger muss ein Ende haben. Velbert, wie auch andere Städte brauchen einen Schuldenschnitt sowie dauerhaft höhere Zuwendungen von Bund und Land. Schäubles Steuermilliarden sowie Gewinne von Banken und Finanzkapital könnten für diesen Zweck sinnvoll eingesetzt werden.

Text: Sonja Spiekermann



Chancengleichheit muss gewahrt bleiben

Die Linke gegen Stellenkürzung und Sparmaßnahmen bei Musik- und Kunstschule

Mit ihrem Sparprogramm für die Musik- und Kunstschule gefährden Ratsmehrheit und Verwaltung Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Während Gutbetuchte die Möglichkeit haben ihren Kindern Privatunterricht zu finanzieren, bleibt die Mehrzahl der Velberter Kinder auf der Strecke. Neben gestiegenen Kosten sollen sie Unterrichts- und Angebotskürzungen sowie lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Bildung ist für alle da! Das sollte auch die Ratsmehrheit bei ihren Entscheidungen bedenken. Statt Einsparungen im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich durchzusetzen, sollte der Blick u. a. auf Schäubles zusätzliche Steuermilliarden gerichtet sein. Ohne höhere Bezuschussung von Bund und Land sowie durch einen Schuldenschnitt kann sich Velbert – wie auch viele andere Städte – nicht aus der Schuldenfalle befreien. Kürzungen sind keine Lösung!

Text: Sonja Spiekermann



Was machen die anderen Parteien?

SPD stimmt gegen ihr eigenes Wahlprogramm

Der Bundestag hat im Juni einen Gesetzesentwurf der Partei DIE LINKE abgelehnt, der die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne sachlichen Grund abschaffen sollte. Die SPD stimmte mit den Unionsparteien dagegen, obwohl sie das Ende „sachgrundloser Befristungen“ in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl fordert. Fakt ist: In dem Zeitraum 1994 bis 2014 hat sich die Zahl der befristet Beschäftigten von 883.000 auf 2.780.000

Millionen mehr als verdreifacht. Allein im Kreis Mettmann arbeiten derzeit 73.800 Menschen in Teilzeit, Leiharbeit oder haben einen Minijob als alleiniges Einkommen. Der Anteil an den sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen ist im letzten Jahr auf einen Rekordwert von 35% gestiegen. Was ist das für eine SPD, die sich Gerechtigkeit auf die Fahnen schreibt, aber entgegengesetzt handelt?

Rentner erhält rund 19.667 Euro monatlich

Der Rentner Joachim G. (77) erhält diesen monatlichen Betrag, der eine jährliche Gesamtsumme von 236.000 Euro ausmacht. Um seine vielfältigen Tätigkeiten als Rentner erledigen zu können, bekommt er neben Räumlichkeit des Bundestages auch noch 385.000 Euro für die Kosten von fünf zum Teil hoch bezahlten Mitarbeitern. Laut „Spiegel“ werden neben Sicherheitstüren auch noch eine abschließ-

bare „Präsidententoilette“ für lächerliche 52.000 Euro eingebaut. Damit hebt sich Joachim G. vom deutschen Durchschnittsrentner, der monatlich 1.076 (Männer) bzw. 853 (Frauen) bezieht, deutlich ab (Stand 1.7.2016).

Übrigens: Der vollständige Name des Rentners lautet Joachim Gauck, ehemals Bundespräsident.

Text: Bernd Spiekermann

Unsoziale Preiserhöhung

Der öffentliche Nahverkehr wird für alle Velberter teurer

Der VRR hebt die Fahrscheinepreise ab 2018, wie jedes Jahr, wieder an. Diesmal werden die Monatskarten für Vielfahrer erhöht.

Während Einzeltickets moderat um 1,9% im Durchschnitt erhöht werden, steigt das beliebte Barenticket, mit dem Senioren ab 60 durch das gesamte VRR-Gebiet fahren können, um 3,7% auf 83,60 € an. Besonders kräftig steigt zudem der Preis bei den 2012 eingeführten Sozialtickets für Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose.

Hier wird der Preis um 6,3% auf 37,80 € erhöht – das bereits ab Oktober 2017. Übrigens: Seit 2012 ist die Nutzerzahl um 250% gestiegen.



Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Ingrid Schween und Harry Gohr

Adresse:

Offerstr. 14a, 42551 Velbert

Telefon: 0 20 51 93 28 10

E-Mail: mail@dielinke-velbert.de

Web: www.dielinke-velbert.de

Öffnungszeiten des Büros:

Montags von 17.00 bis 18.00 Uhr;

Donnerstags von 15.30 bis 17.00 Uhr

Donnerstags ist zudem eine fachkundige Hartz IV- und Sozialberatung vor Ort!

Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

Für höhere und sichere Renten!

Die Rente muss den Lebensstandard sichern!

2001 lag die Rente nach 45 Versicherungsjahren bei 53 Prozent des jeweiligen Lohns, heute nur noch bei 48 Prozent. Bis 2030 wird sie auf 43,7 Prozent sinken. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro wird nur noch 800 Euro wert sein. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen können nur noch eine Rente in Höhe der Grundsicherung erreichen, die das Sozialamt ohnehin bezahlt. Wir meinen: Das ist sozial ungerecht. Die private Riester-Rente deckt wegen der geringen Renditen diese Verluste nicht. Außerdem können sich die Wenigsten einen Riester-Vertrag überhaupt leisten.

Wir bleiben dabei: Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Deshalb muss das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Die Riester-Rente wird abgeschafft, bestehende Verträge in die gesetzliche Rentenversicherung übertragen.

Die Rente muss vor Armut schützen!

Jeder Mensch verdient einen gesicherten Ruhestand. Egal wie viel und wie lange er oder sie Beiträge gezahlt hat. Wer länger arbeitslos ist, seine Erwerbstätigkeit für Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen unterbricht oder zum Niedriglohn arbeiten muss, hat kaum eine Chance auf eine Rente über dem Armutsniveau. Denn die durchschnittlich gewährte Grundsicherung im Alter von 782 Euro (März 2015) liegt unter der offiziellen Armutsschwelle von derzeit 1.063 Euro. Dass Rentnerinnen und Rentner in unserem reichen Land in Armut leben, nehmen wir nicht hin!

Deshalb fordern wir: Eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro, die aus den eigenen Beiträgen und aus Steuermitteln finanziert wird. Müttern und Vätern sollen grundsätzlich drei Jahre Erziehungszeit angerechnet werden.

Rente spätestens ab 65 für alle!

Aktuell sind nur 14 Prozent der 64-Jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Rente erst ab 67 wirkt deshalb wie eine zusätzliche Rentenkürzung. Ein Krankenpfleger kann mit 67 nicht mehr schwer heben. Eine Dachdeckerin kann mit 67 nicht mehr auf dem Baugerüst klettern. Wer das nicht einsieht, hat keine Ahnung, wie schwer ihre Arbeit ist!

Wir bleiben dabei: Das Renteneintrittsalter muss wieder auf 65 gesenkt werden! Wer 40 Jahre Beiträge gezahlt hat, soll ab 60 ohne Abschlag in Rente gehen können!



Spitzenverdiener müssen mehr zur Rentenversicherung beitragen!

Oft wird behauptet, dass die Rente zu Lasten der jungen Generation geht. In Wirklichkeit besteht der Gegensatz nicht zwischen „Jung“ und „Alt“, sondern zwischen „Arm“ und „Reich“. Außerdem wurden die Arbeitgeber von der Finanzierung der Rentenversicherung erheblich entlastet.

Wir fordern deshalb: Alle sollen in die Rentenversicherung einzahlen, auch Selbständige und Beamtinnen und Beamte. Die Beitragsbemessungsgrenze, ab der für Einkommen keine Beiträge gezahlt werden müssen, muss abgeschafft werden. Die Renten von Spitzenverdienern werden gleichzeitig abgeflacht. Die Rente wird wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Versicherten finanziert.

V.i.S.d.P.: Sylvia Gabelmann, Alt-Pempelfort 15, 40211 Düsseldorf

Für höhere und sichere Renten:

Am 24. September DIE LINKE wählen!

Alt-Pempelfort 15
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211/700 600 00
E-Mail: igs@dielinke-nrw.de
www.dielinke-nrw.de



DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN